

2106



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision - 1. Okt. 1990

Decisione

Bundesgesetz über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge/
Bundesbeschluss über die Genehmigung einer Änderung der Verordnung
über die Zuweisung der Ämter an die Departemente und der Dienste an
die Bundeskanzlei

- Inkraftsetzungen
- Erlass einer Verordnung über die Änderungen von Erlassen im Zusammen-
hang mit der Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 27. September 1990

Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird
Bundesbeschluss über die Genehmigung einer Änderung der Verordnung
über die Zuweisung der Ämter an die Departemente und der Dienste an
beschlossen:

1. Das am 22. Juni 1990 beschlossene Gesetz über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge tritt, unter Vorbehalt des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist, am 2. Oktober 1990 in Kraft.
2. Der Bundesbeschluss vom 22. Juni 1990 über die Genehmigung einer Änderung vom 25. April 1990 der Verordnung über die Zuweisung der Ämter an die Departemente und Dienste an die Bundeskanzlei tritt am 2. Oktober in Kraft.
3. Die Verordnung über die Änderung von Erlassen im Zusammenhang mit der Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge wird gutgeheissen und tritt am 2. Oktober 1990 in Kraft.
4. Die interessierten Behörden, Kreise oder Personen werden durch das EJPD informiert.

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung

(erst nach dem unbenützten Ablauf der Referendumsfrist, zusammen mit der Änderung vom 25. April 1990 der Zuweisungsverordnung)

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	8	-
		EDI		
X		EJPD	10	-
		EMD		
		EFD		
		EVD		
		EVED		
	X	BK	5	-
		EFK		
		Fin.Del.		



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

3003 Bern, 27. September 1990

An den Bundesrat

**Bundesgesetz über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge/
 Bundesbeschluss über die Genehmigung einer Änderung der Verordnung
 über die Zuweisung der Ämter an die Departemente und der Dienste an
 die Bundeskanzlei**

- Inkraftsetzungen
- Erlass einer Verordnung über die Änderungen von Erlassen im Zusammen-
 hang mit der Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge

1. Inkraftsetzungen

- 1.1. Am 22. Juni 1990 haben die Eidgenössischen Räte das Gesetz über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge beschlossen. Die Publikation erfolgte am 3. Juli 1990 (BB1 1990 II 1262). Die Referendumsfrist läuft am 1. Oktober 1990 ab (Vgl. Beilage). Gleichzeitig hiessen sie mit Bundesbeschluss vom 22. Juni 1990 die Änderung der Zuweisungsverordnung gut (BB1 1990 II 1287), mit der das BFF dem EJPD unterstellt wird.

- 1.2. Das EJPD beantragt, das Bundesgesetz über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge rasch und wenn möglich gleichzeitig mit den geänderten Ausführungserlassen zu dem am 22. Juni 1990 revidierten Asylgesetz und zum Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländer (SR 142.20) auf den 2. Oktober 1990 in Kraft zu setzen.

Beim Delegierten für das Flüchtlingswesen mussten zwangsläufig im Zusammenhang mit der Umbenennung zahlreiche organisatorische und logistische Umsetzungsmassnahmen auf den 2. Oktober terminiert werden (Anpassung der EDV-Arbeitsinstrumente wie Textbausteine und Entscheiddispositive; Anpassung des internen Schriftgutes an die Umbenennung; Druck von Briefpapier und des Corporate Design etc.).

Die parlamentarischen Beratungen zum AVB haben gezeigt, dass die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge unbestritten ist. Ein Referendum kann praktisch ausgeschlossen werden.

Unter diesen Umständen rechtfertigt es sich, bereits im jetzigen Zeitpunkt den Beschluss über die Inkraftsetzung auf den 2. Oktober 1990 zu beantragen, der noch in diesem Monat - unter Vorbehalt des unbenützten Ablaufs der Referendumsfrist - getroffen werden sollte.

- 1.3. Gleichzeitig beantragen wir die Inkraftsetzung des vorgenannten Bundesbeschlusses vom 22. Juni 1990 über die vom Bundesrat am

25. April 1990 beschlossene Änderung der Zuweisungsverordnung. Diese tritt ihrerseits automatisch zusammen mit der Änderung des VwOG bzw. mit dem Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes in Kraft (vgl. BBl 1990 II 696).

2. Erlass einer Verordnung über die Änderung von Erlassen in Zusammenhang mit der Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge

2.1. Gleichzeitig mit der Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge sind verschiedene bestehende Verordnungen anzupassen. Aus diesem Grund beantragen wir den Erlass einer Verordnung über die Änderung von Erlassen im Zusammenhang mit der Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge.

2.2. Gemäss Art. 2 des Bundesgesetzes über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge wird mit dessen Inkraftsetzung der Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1985 über den Delegierten für das Flüchtlingswesen (SR 142.35) aufgehoben. Gleichzeitig wird damit auch die Verordnung vom 16. Dezember 1985 über die Änderung von Erlassen im Zusammenhang mit der Einsetzung eines Delegierten für das Flüchtlingswesen (DFW-Verordnung) aufgehoben. Ihre Aufhebung ist daher weder im Dispositiv des Bundesratsbeschlusses über die Inkraftsetzung des BG BFF, noch in der neuen Verordnung eigens zu erwähnen.

2.3. Zum Inhalt der Verordnung

2.3.1. In der Verordnung vom 9. Mai 1979 über die Aufgaben der Departemente, Gruppen und Ämter (SR 172.010.15) sind die Aufgaben der neuen Bundesamtes spezifischer zu umschreiben als vormals bei der Einsetzung des Delegierten für das Flüchtlingswesen. Insbesondere im Bereich der Staatsverträge ist zu beachten, dass sich die Aufgaben des Bundesamtes nicht auf das Fürsorgewesen beschränkt. So wurden schon bisher viele Fragen aus dem Bereiche der internationalen Asyl- und Flüchtlingspolitik durch den Delegierten für das Flüchtlingswesen und vorher durch das Bundesamt für Polizeiwesen wahrgenommen, in Abstimmung mit dem EDA, vertreten durch den Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik. Auch ist das Bundesamt nicht nur im Bereich des Asyls tätig, sondern muss sich bei der Beurteilung von Wegweisungsfragen zwangsläufig auch mit den damit in Zusammenhang stehenden fremdenpolizeilichen Problemen befassen. Dabei gehört neben der Internierung und Ausschaffung auch die Anordnung der vorläufigen Aufnahme zu den Aufgaben des Bundesamtes.

2.3.2. In der Delegationsverordnung, der Ripolverordnung und der Verordnung über den Erkennungsdienst der Bundesanwaltschaft ist jeweils der Ausdruck "Delegierter für das Flüchtlingswesen" durch "Bundesamt für Flüchtlinge" zu ersetzen.

3. Ergebnis der Aemterkonsultation

Die folgenden Aemter wurden im Vorverfahren konsultiert: Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten/ Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik, Bundeskanzlei. Die vorgebrachten Aenderungen konnten berücksichtigt werden.

4. Wir beantragen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Beschluss:

1. Das am 22. Juni 1980 beschlossene Gesetz über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge tritt, Ablaufs der Befristungsfrist, am 2. Oktober in Kraft.
2. Der Bundesbeschluss vom 22. Juni 1980 über die Änderung einer Verordnung vom 25. April 1980 der Zustimmung der Kantone an die Departemente und Staatsämter tritt am 2. Oktober in Kraft.
3. Die Verordnung über die Zuteilung von Erlassenen in Zusammenhang mit der Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge wird gutgeheissen und tritt am 2. Oktober 1980 in Kraft.
4. Die folgenden Behörden, Kreise oder Personen werden durch das Gesetz beauftragt:

EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ-
UND POLIZEIDEPARTEMENT

A. Koll

Zur Veröffentlichung: Amtliche Sammlung

für getreuen Auszug,
der Protokollführers:

Beilage: - Entwurf des Beschlussesdispositivs

- Entwurf der Verordnung (dt, frz.)

Zum Mitbericht an: EDA, BK

Protokollauszug an: EJPD (10), EDA und BK (je 3)

Verordnung
über die Änderung von Erlassen
im Zusammenhang mit der Schaffung
Bundesgesetz über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge/
Bundesbeschluss über die Genehmigung einer Änderung der Verordnung
über die Zuweisung der Ämter an die Departemente und der Dienste an
die Bundeskanzlei

- Inkraftsetzungen
 - Erlass einer Verordnung über die Änderungen von Erlassen im Zusammen-
hang mit der Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge
-

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 27. September 1990

Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das am 22. Juni 1990 beschlossene Gesetz über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge tritt, unter Vorbehalt des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist, am 2. Oktober 1990 in Kraft.
2. Der Bundesbeschluss vom 22. Juni 1990 über die Genehmigung einer Änderung vom 25. April 1990 der Verordnung über die Zuweisung der Ämter an die Departemente und Dienste an die Bundeskanzlei tritt am 2. Oktober in Kraft.
3. Die Verordnung über die Änderung von Erlassen im Zusammenhang mit der Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge wird gutgeheissen und tritt am 2. Oktober 1990 in Kraft.
4. Die interessierten Behörden, Kreise oder Personen werden durch das EJPD informiert.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung
(erst nach dem unbenützten Ablauf der
Referendumsfrist, zusammen mit der Aen-
derung vom 25. April 1990 der Zuwei-
sungsverordnung)

**Verordnung
über die Änderung von Erlassen
im Zusammenhang mit der Schaffung
eines Bundesamtes für Flüchtlinge**

VOM

*Der Schweizerische Bundesrat
verordnet:*

I

Mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1990¹⁾ über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge werden die nachstehenden Verordnungen wie folgt geändert:

1. Verordnung vom 9. Mai 1979²⁾ über die Aufgaben der Departemente, Gruppen und Ämter:

Art. 7 Ziff. 3 Bst. i-1, o sowie Ziff. 11

i.-1. *Aufgehoben*

- o. Vorbereitung und Vollzug von Staatsverträgen über den Strassenverkehr, die Rechts- und Amtshilfe nach den Buchstaben b und c sowie das Fürsorgewesen.

11. *Bundesamt für Flüchtlinge*

- a. Vorbereitung und Vollzug der Erlasse über das Asyl und die damit zusammenhängenden fremdenpolizeilichen Bestimmungen;
- b. Vorläufige Aufnahme, Internierung und Ausschaffung von Ausländern;
- c. Ausstellung von Ausweisschriften für Flüchtlinge, Schriften- und Staatenlose;
- d. Vorbereitung und Vollzug von Staatsverträgen über das Asyl und die Rechtsstellung und Fürsorge von Flüchtlingen und Staatenlosen;
- e. Vorbereitung und Vollzug von Staatsverträgen über die Übernahme von Personen an der Grenze;
- f. Koordination mit den Kantonen, den internationalen und nationalen Organisationen im Asylbereich;
- g. Beratung des Departementes in Fragen der kurz- und mittelfristigen Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik;
- h. Harmonisierung der internationalen Flüchtlings- und Asylpolitik und -praxis, in Abstimmung mit dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten.

1) AS 1990 ... (BB1 1990 II 1262)

2) SR 172.010.15

2. Verordnung vom 20. Oktober 1982¹⁾ über das Zentrale Ausländerregister (ZAR-Verordnung):

Art. 5 Abs. 1 und 1^{bis}

¹Das Bundesamt für Polizeiwesen meldet dem Zentralen Ausländerregister laufend die erleichterten Einbürgerungen und die Wiedereinbürgerungen.

^{1bis}Das Bundesamt für Flüchtlinge meldet dem Zentralen Ausländerregister laufend die Asylgesuche, die Asylgewährungen und die Verfügungen über vorläufige Aufnahmen und Internierungen.

3. Verordnung vom 28. März 1990²⁾ über die Zuständigkeit der Departemente und der ihnen unterstellten Amtsstellen zur selbständigen Erledigung von Geschäften:

In Artikel 14 und der Sachüberschrift wird je der Ausdruck "Delegierte für das Flüchtlingswesen" durch "Bundesamt für Flüchtlinge" ersetzt.

4. Verordnung vom 27. Juni 1990³⁾ über das automatisierte Fahndungssystem:

In den Artikeln 2 Absatz 1 Buchstabe c und 8 Absatz 1 Buchstabe b ist der Ausdruck "der Delegierte für das Flüchtlingswesen" durch "das Bundesamt für Flüchtlinge" zu ersetzen.

5. Verordnung vom 1. Dezember 1986⁴⁾ über den Erkennungsdienst der Bundesanwaltschaft:

In Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe d wird der Ausdruck "des Delegierten für das Flüchtlingswesen" durch "des Bundesamtes für Flüchtlinge" ersetzt.

II

Diese Aenderung tritt am 2. Oktober 1990 in Kraft.

1990

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Koller

Der Bundeskanzler: Buser

1) SR 142.215

2) AS 1990 606

3) AS 1990 1070

4) SR 172.213.57

**Ordonnance
portant modification de dispositions réglementaires
fédérales à la suite de la création
d'un Office fédéral des réfugiés**

du

*Le Conseil fédéral suisse
arrête:*

I

Suite à l'entrée en vigueur de la loi fédérale du 22 juin 1990¹⁾ portant création d'un Office fédéral des réfugiés, les dispositions réglementaires suivantes sont modifiées comme il suit:

1. Ordonnance du 9 mai 1979²⁾ réglant les tâches des départements, des groupements et des offices:

Art. 7, ch. 3, let. i à l, o et ch. 11

i. à l. *Abrogées*

o. Préparer et exécuter les traités internationaux concernant la circulation routière, l'entraide judiciaire et administrative selon les lettres b et c ainsi que l'assistance sociale.

11. *Office fédéral des réfugiés*

- a. Préparer et exécuter des actes législatifs concernant l'asile et les dispositions de police des étrangers qui s'y rapportent;
- b. Assurer l'admission provisoire, l'internement ou le renvoi des étrangers;
- c. Etablir des papiers de légitimation pour les réfugiés, les personnes sans papiers et les apatrides;
- d. Préparer et exécuter les traités internationaux concernant l'asile, le statut et l'assistance sociale des réfugiés et des apatrides;
- e. Préparer et exécuter les traités internationaux concernant la reprise de personnes à la frontière;
- f. Assurer la coordination avec les cantons, les organisations nationales et internationales en matière d'asile;
- g. Conseiller le Département pour ce qui est de la politique à court et moyen terme en matière de réfugiés, d'asile et de migrations;
- h. Coordonner la politique et la pratique internationales en matière de réfugiés et d'asile, d'entente avec le Département fédéral des affaires étrangères.

1) RO 1990 ... (FF 1990 II 1194)

2) RS 172.010.15

2. Ordonnance du 20 octobre 1982¹⁾ sur le Registre central des étrangers (Ordonnance RCE):

Art. 5, al. 1 et 1^{bis}

¹L'Office fédéral de la police communique régulièrement au Registre central des étrangers les données relatives aux naturalisations facilitées et aux réintégrations.

^{1bis}L'Office fédéral des réfugiés communique régulièrement au Registre central des étrangers les données relatives aux demandes d'asile, aux octrois de l'asile, aux admissions provisoires et aux internements.

3. Ordonnance du 28 mars 1990²⁾ donnant aux départements et aux services qui leur sont subordonnés la compétence de régler certaines affaires:

A l'article 14 et dans le titre, l'expression "Délégué aux réfugiés" est remplacée par l'expression "Office fédéral des réfugiés".

4. Ordonnance du 27 juin 1990³⁾ sur le système de recherches informatisées de police:

Aux articles 2, 1er alinéa, lettre c, et 8, 1er alinéa, lettre b, l'expression "Le Délégué aux réfugiés" est remplacée par l'expression "L'Office fédéral des réfugiés".

5. Ordonnance du 1er décembre 1986⁴⁾ concernant le Service d'identification du Ministère public de la Confédération:

A l'article 8, 1er alinéa, lettre d, l'expression "du Délégué aux réfugiés" est remplacée par l'expression "de l'Office fédéral des réfugiés".

II

La présente modification entre en vigueur le 2 octobre 1990.

1990

Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président de la Confédération, Koller
Le chancelier de la Confédération, Buser

- 1) RS 142.215
- 2) RO 1990 606
- 3) RO 1990 1070
- 4) RS 172.213.57